

Dringlichkeitsantrag I2 zum Landesparteitag am 11.4.2026 (beschlossen)

Schluss mit der Aggression der USA und Israels gegen den Iran - Solidarität mit der iranischen Bevölkerung - für Demokratie und Selbstbestimmung gegen Mullahs und Schah.

Antragstellerin: LAG Frieden und internationale Politik

Der Landesparteitag möge beschließen:

Am 28.2. dieses Jahres begannen die USA und Israel zum zweiten innerhalb von 12 Monaten einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Iran. Der Angriff war länger vorbereitet und fand während laufender Verhandlungen zwischen USA und Iran statt. Es gab keine Hinweise auf eine aktuelle Bedrohung von Israel, geschweige denn der USA durch den Iran. Im Gegensatz zu Israel, das Atomwaffen besitzt und im Gegensatz zum Iran den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat, besitzt nach Aussagen der IAEA der Iran keine Atomwaffen.

Es geht den USA um die weltweite Beherrschung und Sicherung von Rohstofflieferungen, insbesondere um Erdöl und um imperialistische Machtinteresse im Kampf gegen den selbst auserkorenen Hauptkonkurrenten China. Israel geht es um die Schwächung seines Hauptgegners und die militärische Absicherung seiner Vorherrschaft in Westasien, die es mit der Besetzung des Südens des Libanon und Teilen von Syrien weiter ausbaut.

Zusammen mit den Reaktionen des Irans - Sperrung der Straße von Hormus und den Bombardierungen von US-Stützpunkten und Energieanlagen in den Golfstaaten – weitete sich der Krieg auf die ganze Region aus und drohte den Weltfrieden zu gefährden. Durch die steigenden Energiepreise kam es weltweit zu Preissteigerungen, nicht nur von Energie, sondern auch von Lebensmitteln (Düngemittel), die die schwächsten Länder und Bevölkerungsteile aller Länder in besonderer Weise treffen.

Durch die Nutzung der US-Militärbasen in Deutschland durch die USA, vor allem in Rammstein, ermöglichte Deutschland die Angriffe der USA auf Iran und den Erhalt der militärischen Dominanz der USA im Gegensatz zu Spanien. Damit wurde Deutschland Teil des Krieges, dessen völkerrechtswidriger Charakter immer noch von der Bundesregierung negiert wird.

Angesichts einer drohenden Weltwirtschaftskrise (Energiepreissteigerung), der unterschätzten Stärke des iranischen Militärs, zunehmenden internationalen und inner-US-amerikanischen Drucks, der Zerstörung mehrerer US-Basen am Persischen Golf stimmten die USA und Israel am 8. April durch Vermittlung von Drittstaaten (Pakistan,...) einer zweiwöchigen Waffenruhe zu, ohne ihre Ziele erreicht zu haben. Das Ergebnis des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges sind tausender von vor allem zivilen Toten, zerstörte Infrastruktur, weitere Klimabelastung, ein gestärktes Mullah-Regime und die weitere Demontierung des Völkerrechts. Mit der Androhung, die iranische Zivilisation zu zerstören, hat der amerikanische Präsident einen Völkermord angedroht, während der Iran bereits einer Waffenruhe zugestimmt hatte.

Wir fordern:

- Die Ablehnung aller zukünftigen Angriffe der USA und Israel auf den Iran, die den Frieden in der Region gefährden, den Druck auf die Opposition nur verschärfen und einzig dem Einfluss imperialistischer Interessen dienen.
- Ausdrücklich verurteilen wir auch die Beteiligung der deutschen Bundesregierung, ohne die die Kriegsführung in dieser Form nicht möglich wäre.
- Statt sich an einer NATO Mission im Persischen Golf zu beteiligen, sollte Deutschland gegenüber den USA auf die Einhaltung des Völkerrechts bestehen.
- Die anstehenden Verhandlungen sollten im Rahmen der internationalen Gemeinschaft einen dauerhaften Frieden als Ziel haben und nicht die Füllung der verbrauchten Waffenarsenale bei Scheinverhandlungen dienen.
- Israels muss die Bombardierung vom Libanon stoppen.
- Die Bundesregierung auf, die Unterstützung von US-Kriegen u.a. durch Sperren der US-Militärbasen, wie es der Bevölkerung in Spanien gelungen ist, zu beenden.
- Außerdem den sofortigen Stopp der Lieferung deutscher Waffen- und Rüstungsexporte in Länder des Nahen und Mittleren Ostens (Westasien) und die militärisch relevante Zusammenarbeit mit Israel und den USA.
- Sofortige Beendigung aller Sanktionen gegen den Iran, da sie im Wesentlichen die zivile Bevölkerung zu treffen, insbesondere deren Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten, Energie und medizinischer Ausrüstung.

Neben dieser außenpolitischen Bedrohung und den Kriegsfolgen leidet die Bevölkerung unter der Herrschaft des religiösen Regimes. Wachsende Verarmung, politische Repression durch das Mullah-Regime und jetzt durch die militärischen Angriffe der USA und Israels verschlechtern sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung im Iran in existenzbedrohendem Ausmaß. Dagegen setzen sich immer mehr Menschen zur Wehr, wogegen das Regime mit Terror und Todesstrafen vorgeht. Insbesondere die Bewegung „Frauen, Leben, Freiheit“ protestiert schon seit 2022 gegen die menschen- und frauenfeindlich Politik der Mullahs. Die Menschen sehnen sich nach Frieden, Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung unter Einbeziehung aller Ethnien und nicht nach neuen Herrschern, wie den Sohn des Schahs, dessen Rolle innerhalb der Freiheitsbewegung vor allem bei Exiliraner*innen durch die Einflussnahme der USA und Israels, aber auch von deutschen Akteuren instrumentalisiert wird.

Wir fordern:

- Die Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen des Mullah-Regimes.
- Die demokratischen Bestrebungen der Zivilgesellschaft im Iran und ihr Recht auf Selbstbestimmung zu stärken und die humanitäre Hilfe im Iran deutlich auszubauen.
- Den Verzicht auf Abschiebungen aus Deutschland in den Iran, Hinwirken auf die Freilassung politischer Gefangener im Iran sowie auf Ausreise- und Schutzprogramme für iranische Oppositionelle.
- die Unterstützung für Einsatz für Demokratie und Selbstbestimmung gegen Mullahs und Schah.
- Auskunft über verhaftete Demonstrierende, inhaftierte Ärztinnen und Ärzte sowie über das Schicksal verletzter Personen durch die Iranische Regierung.

Wir rufen die Bundestagsfraktion und den Parteivorstand auf, in diesem Sinne aktiv zu werden, die Position der Partei zu vertreten und für das Völkerrecht zu wirken.

Begründung:

Der Antrag A2 wurde kurz vor der Intervention der USA und von Israel in den Iran von der Antragstellerin verfasst. Es erschien uns als sinnvoll, mit Blick auf die aktuellen Ereignisse auf der Grundlage des Antrags A2 einen Dringlichkeitsantrag einzubringen. Der zweite Teil davon ist weitgehend mit dem A2 identisch.

Wir haben uns gegen alle Wirtschaftssanktionen entschieden, weil sie bewusst als Waffe gegen den Staat Iran als Ganzes, also auch gegen die Bevölkerung, eingesetzt wurden und werden. Die Verantwortlichen des Terrorregimes können sich wie überall auf der Welt den Folgen von Sanktionen entziehen. Die bestehenden Sanktionen sind im Übrigen nicht von der UNO beschlossen worden, sondern als Wirtschaftskrieg durch die USA und die EU.

Sie haben augenscheinlich nicht zu einer Schwächung des Systems beigetragen, sondern die steigende Not im Land erschwert die Organisation der Opposition deutlich. Solche einseitigen Zwangsmaßnahmen haben weltweit in den letzten zehn Jahren zum Tod von 5 Mio. Menschen geführt. Die humane Alternative ist ein sofortiges Ende aller Sanktionen, stattdessen die Kooperation der Staaten auf Augenhöhe und egalitäre Handelsbeziehungen!